

## Notizen von der Querfront

(August `25):

### Die Brandmauerstürmer:in

Eine erste Annäherung findet unter dem Titel „Offener Umgang“ statt. Sie ist demokratisch aufgeplustert und verurteilt die AfD-Verbotsdebatten in der „bankrotten Mitte“ des politischen Spektrums. Oder die geschlossene Ablehnung von Abgeordneten der AfD im Deutschen Bundestag bei der Besetzung des Bundestagsvizepräsidenten oder von Ausschussvorsitzenden. Wagenknecht betont immer wieder, die Brandmauer zur AfD einreißen zu wollen. Abschottungsmanöver stärkten nur die Ausgegrenzten. Woraufhin Tino Chrupalla, Co-Chef der Rechten, frohlockte: endlich werde über das geredet, „was Deutschland bewegt und wie man Mehrheiten verändern kann.“ Wie wohl? Indem man gegen die Parteien der Mitte neue Mehrheiten im populistischen Lager schmiedet.

Gleichzeitig bekundete der BSW-Europaabgeordnete Fabio Di Masi, keine Bauchschmerzen zu bekommen, wenn er den Misstrauensantrag aus der rechtsextremen Ecke gegen Kommissionsvorsitzende von der Leyen unterstützen wird, „auch wenn wir deren Werte und Politik nicht teilen.“ Keine Panik: Das BSW stellt in Straßburg gerade mal 5 von 719 Abgeordneten. Nur 175 stimmten für den Misstrauensantrag gegen von der Leyen, 360 dagegen, bei 18 Enthaltungen.

Die grüne Abgeordnete Irene Mihalic treffend: „Da scheint nun zusammenzuwachsen, was sich schon von Anfang zusammengehörig fühlte.“ Erste Kontakte fanden bereits statt: Der Thüringer BSW-Fraktionschef Frank Augsten traf sich mit dem Nazi Höcke, als es um die Besetzung wichtiger Justizgremien durch den Erfurter Landtag ging. Derweil sieht sich Wagenknecht-Widersacherin, Katja Wolf, Vize-Ministerpräsidentin von Thüringen, zu einer Annäherung genötigt, was

sie sich in den Reihen der Partei Die Linke und deren SED-gestähltem Antifa-Mythos niemals hätte träumen lassen.

Was die Populisten eint - außer ihrem Hass auf das liberale System: ihre unverbrüchliche Nähe zu Putin, die beide als „konsequente Friedenspolitik“ zu verkaufen suchen, getreu der Devise: alles, was dem Kreml nutzt, kommt dem Frieden zugute. Und was der Ukraine helfen könnte, grenzt an „Kriegsbesoffenheit“ oder „Rüstungsrausch“. So kann Wagenknecht im verhassten Westen nur eine „Kompromissbereitschaft“ „nahe Null“ erkennen: „Es bleiben Zweifel, ob die europäische ‚Koalition der Unwilligen‘ und Selensky überhaupt Frieden anstreben.“ Wie bitte? Der arme leidgeprügelte Selensky will keinen Frieden? Und keiner widerspricht. Fremdschämen wäre noch von der gelindesten Angemessenheit.

Sie forcieren ihre putineske Friedenspropaganda, die der Politologe Münkler treffend „Kapitulationspazifismus“ nennt - mit gezielter Desinformation, d.h. mit falschen Zahlen und verwirrenden Interpretationen. Denn noch immer plädiert eine Mehrheit in Deutschland – zum Beispiel nach dem ZDF-Politbarometer (vom 6.6.2025) - für *mehr* Unterstützung für die Ukraine, ganze 40 Prozent, 30 Prozent wollen genau so viel Unterstützung wie bislang. Und eine deutliche Minderheit – nur 26 Prozent – tritt für weniger Militärhilfe ein. Blieben diejenigen, die gar keine Unterstützung mehr wünschen. Sie bewegen sich prozentual noch unterhalb von Wagenknechts Misserfolgsresultat bei der Bundestagswahl.

Wohlbemerkt: Es hat noch nie seit Beginn der russischen Großinvasion eine Mehrheit *gegen* die militärische Unterstützung der überfallenen Ukraine gegeben, allenfalls knappe Mehrheiten während Scholzens Zauderei gegen Taurus-Lieferungen oder die Stationierung von US-Langstreckenraketen. Die Bevölkerung denkt militärisch differenzierter als sich die Weidelknechts das unterstellen.

Außerdem eint beide Querfrontparteien ihr Abschottungsnationalismus in Migrationsfragen (AfD-identische Wahlparole: „Migration

begrenzen!“). Nur in sozialökonomischen Fragen liegen sie derzeit noch weit auseinander. Anders gesprochen: Hie Weidels umbarmherzige *Kettensäge*, da Oskars gigantische *Gießkanne*.

Daumendrückend verfolgten sie Trumps aberwitzige Telefonate und das Treffen von Alaska mit Putin, um den Westen weiterhin fehlender Diplomatie zu zeihen. Als wenn sie nicht schon lange durch den schlichten Satz des erratischen Weißhäuslers Lügen gestraft worden wären: “Es scheint, als wolle er weiter Menschen umbringen.“

Mit derselben Blauäugigkeit, mit der Trump Putin immer wieder auf den Leim zu gehen sich blamiert, erklärte der Thüringer BSW-Fraktionschef Augsten nach seinem Zweistunden-Plausch mit Höcke, dieser habe abgestritten, „dass die AfD ein Interesse daran hat, dass der Staat nicht funktioniert.“

### **Ein Drehbuch vom Durchbruch**

Wenn nicht als täuscht, wird gerade auf Seiten des BSW an einem Drehbuch der Querfront gearbeitet, ausgehend von dem narzisstischen Motiv, Vergeltung für die erlittene Wahlschmach vom 23. Februar `25 zu üben. *Motto*: „Ich kann auch anders“, *Tatort*: Magdeburg, *Voraussichtliches Datum*: 6. September 2026. *Anlass*: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. *Erhofftes Szenario*: Die AfD gewinnt mit deutlichem Vorsprung vor der CDU von Haseloffs blassem Nachfolger Schulze. Es sind danach rechnerisch nur zwei Zweier-Koalitionen möglich – AfD-CDU oder AfD-BSW. In einem flammenden Appell fordert Wagenknecht die Union auf, ein Bündnis mit der AfD einzugehen, um das Bundesland vor dem Absturz in die Unregierbarkeit zu bewahren. Kategorisches Nein der Unionsgremien. Deren Vorschlag, ein Allparteienbündnis gegen die AfD zu bilden – auf Koalitions- oder Tolerierungsbasis - lehnt Wagenknecht als perspektivlosen Wahlbetrug ab, um im Gegenzug in die staatspolitische Opferpose zu verfallen und Sondierungsgespräche mit der AfD zu führen, die wiederum dem

BSW weitgehend entgegenkommt, um erstmals einen Ministerpräsidenten stellen zu dürfen.

Die Strategie liegt auf der Hand: die AfD auf diese Weise zu „normalisieren“, die Verbotsabsichten der Mitte-Parteien zu unterlaufen, das Land heillos zu spalten und damit die Deutsche Einheit ein Stückweit rückabzuwickeln. Damit hätte Wagenknecht die volatilen Verhältnisse wunschgemäß zum Tanzen gebracht.

**P.S.**

2.472,917 Stimmen erzielte das BSW am 23. Februar 2025 bei der Wahl zum Deutschen Bundestag. In Prozenten sind das 4,981 Prozent. Mit den fehlenden 9.529 Stimmen landete Wagenknecht punktgenau, um das verhasste Bündnis 90 / Die Grünen aus der Regierung zu kicken. Man kann eben nicht alles haben, auf dieser schönen Welt.